



---

**Protokoll** zum Gespräch mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg

Kultusministerium, Neues Schloss, 30. November 2010

### **Teilnehmer**

**Elterninitiative Mittelbaden:** Silvia Strensch

**Arbeitskreis Doppeljahrgang 2012:** Rolf Maurer, Dr. Jürgen Pauletzki

**G8-Gruppe Freudenstadt:** Dr. Christoph Meier, Dr. Margrit Richter, Angela Würfl

**G8-Gruppe Gernsbach:** Dr. Michael Schumacher

**Elternratschlag Bildung Göppingen:** Rainer Nolte

**G8-Koordinierungskreis Heilbronn-Unterland:** Uwe Kastner, Martin Keding, Dr. Susanne Montigel

**G8-Initiative für Bildung und Lebensfreude Offenburg:** Karin Brixel, Stephan Hecke, Petra Schrodt-Burek

**AK Rastatt-Kuppenheim:** Christoph Hormann, Uwe Sticher

**G8-Eltern-Initiative im GEB Stuttgart:** Dr. Wolfgang Gebicke, Katharina Georgi-Hellriegel, Cornelius Gruner, Sabine Häußermann-Gröhn

**G8-Initiative Ulm:** Margot Günther, Antje-Christin Michel

**Netzwerk Baden-Württemberg Abschlussjahrgang 2012:** Ursula Duppel-Breth, Christel Finner, Dr. Rolf Häcker, Bernd Müller, Bianca Znoyek

### **Dauer**

17.00 Uhr bis 19.38 Uhr

### **Vorinformation**

Auf Einladung von Frau Ministerin Prof. Marion Schick vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport fand am 30.11.2010 ein Gespräch mit den landesweiten G8-Elterninitiativen und denjenigen zum doppelten Abschlussjahrgang 2012 statt.

Frau Stuhmann und Herr Siefert haben von Seiten des Kultusministeriums teilgenommen. Zum Themenpunkt „Anschlussperspektiven“ waren Herr Dr. Heinbach und Herr Wörner vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst anwesend.

### **Tagesordnung**

1. Achtjähriges Gymnasium
2. Gemeinsame Kursstufe 2010/2011 und Abitur 2012
3. Anschlussperspektiven

## **1. Achtjähriges Gymnasium**

---



In ihrem **Eingangsstatement** betonte Frau Ministerin Prof. Marion Schick folgende Punkte:  
*Mit einer Übertrittsquote (Grundschule auf weiterführende Schulen) von 40,2 % stellt das Gymnasium in Baden-Württemberg nach wie vor ein Erfolgskonzept dar. Im Ländervergleich hat sich die Abiturdurchschnittsnote in Baden-Württemberg leicht verbessert. Rückfragen in den einzelnen Regierungspräsidien haben deutlich gemacht, dass kein Unterschied im Leistungslevel zwischen G8- und G9-Schülern erkennbar ist.*

*Um die Belastung der Schüler im 8-jährigen Gymnasium zu reduzieren, hatte die Landesregierung bereits 2008 **Nachjustierungen** vorgenommen: z. B. Reduzierung der Poolstunden von 12 auf 10, Einführung der Hausaufgabenbetreuung, "Hausaufgabenverbot" an Tagen mit Nachmittagsunterricht.*

*Jetzt werden aus den Empfehlungen Verbindlichkeiten:*

- *Höchstens 2 Nachmittage für die Klassenstufen 5 und 6, an denen Pflichtunterricht stattfindet, in Klassenstufe 7-9 höchstens 3 Nachmittage.*
- *Höchstens 32 Wochenstunden in den Klassenstufen 5 und 6.*
- *5 der 10 Poolstunden müssen für individuelle Förderung eingesetzt werden, zum Beispiel, um Klassen zu teilen, Stoff zu vertiefen und eine stärkere individuelle Förderung der einzelnen Schüler zu ermöglichen. Begrenzung des Pflichtunterrichts auf Vereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) von 265 Jahreswochenstunden von Klasse 5 bis zum Abitur.*

*Unter der Voraussetzung, dass die Schulkonferenz zustimmt, können in den ersten beiden Fällen andere Konzepte an den Schulen realisiert werden, für eine andere Verwendung der Poolstunden bedarf es zusätzlich einer Genehmigung des jeweiligen Regierungspräsidiums. Diese Maßnahmen sollen insgesamt zu einer deutlichen Entlastung der Schüler und deren Familien führen. Es ist in Baden-Württemberg erklärtes Erziehungsziel, dass Schüler Zeit haben müssen für Aktivitäten außerhalb der Schule.*

*Das Gymnasium in Baden-Württemberg ist ein Leistungsgymnasium, und die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs bleibt unverändert. Bildungsstandards für die Abiturprüfungen werden derzeit bundesweit im Auftrag der Kultusministerkonferenz erarbeitet. In Baden-Württemberg beschreiten aktuell 32 % der Realschüler den 9-jährigen Weg zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife an den beruflichen Gymnasien. Bereits jetzt werden 50 % aller Hochschulzugangsberechtigungen in Berufskollegs und beruflichen Gymnasien erworben. Daher wird dieser Weg in einem wahrscheinlich 2- bis 3-stufigen Programm ausgebaut. Die Schaffung von 100 zusätzlichen Eingangsklassen an den beruflichen Gymnasien zum Schuljahr 2010/2011 ist die erste Stufe dieses Programms. Die beruflichen Schulen tragen wesentlich dazu bei, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit der höchsten Abiturientenquote ist.*

#### **FRAGEN:**

Umfragen seitens der Elterninitiativen haben ergeben, dass ein Großteil der Eltern von G8-Schülern nach wie vor unzufrieden ist mit der Umsetzung von G8 an den Schulen vor Ort. Die Zufriedenheit des Elternhauses mit der Schule ist ein wesentlicher Faktor für das Gelingen von Schule.

Wie will das Kultusministerium hier zu besseren Ergebnissen kommen?

*Diese Unzufriedenheit wird im Kultusministerium ebenfalls wahrgenommen und ist mit ein Grund für die aktuellen Nachjustierungen von G8:*

*Einführung einer „Task Force“ zur Qualitätssicherung, die vom Kultusministerium gesteuert*



*wird. Vorgesehen ist ein jährlicher Besuch an den Schulen. Vor Ort werden konkrete Zielvereinbarungen zwischen Schulaufsicht und Schule getroffen. Diese Zielvereinbarungen sind auf Seiten der Schulen Ergebnis eines Dialogs mit den am Schulleben Beteiligten.*

Ein Beispiel aus der Praxis (Kaffeekochen statt Gespräch) verdeutlicht, wie schwierig oder gar unmöglich an einzelnen Schulen die Kommunikation zwischen Eltern und Schulleitung ist. Eltern fühlen sich „ohnmächtig“ und der Willkür der Schule ausgesetzt, wenn selbst Beschwerden bei der Schulaufsichtsbehörde ergebnislos bleiben. Elterngremien können die Aufgaben, die der Schulaufsicht obliegen, nicht übernehmen.

Was können Eltern noch tun, wenn Kommunikation auf keiner Ebene funktioniert?

*Fälle dieser Art, auch dieses konkrete Beispiel, sind dem Kultusministerium bekannt und werden der Schulaufsicht übergeben, Frau Ministerin hat in dieser Sache bereits Rücksprache mit dem Schulpräsidenten Herrn Dr. Schnatterbeck gehalten. Genau solche Fälle aber sind der Grund, dass jetzt aus Empfehlungen Vorschriften werden. Das Kultusministerium ist nicht gewillt, derartige Zustände einfach hinzunehmen. Es gibt Schulen, die ein Kommunikationsproblem haben. So haben beispielsweise auch nicht alle Schulen begriffen, welche großen Probleme der kurzfristig angekündigte Ausfall von Unterricht in einzelnen Familien verursacht. Deshalb an dieser Stelle der Aufruf an die Eltern, die Chance zu nutzen und an den Schulen Kommunikation und Transparenz einzufordern, die vom Kultusministerium gewollt sind.*

Im 7. Jahr nach Einführung des G8 ist die Umsetzung aus Sicht der Eltern immer noch nicht gelungen. Das ist ein unzumutbar langer Zeitraum. Wann kommt es endlich zu einer erheblichen, spürbaren Entlastung der Schüler, die nachhaltiges Lernen und eine „echte“ Vorbereitung auf ein Studium ermöglicht?

Es ist vorgesehen, 2014 überarbeitete Bildungspläne einzuführen. Bereits die Bildungspläne von 2004 sind inhaltlich deutlich gegenüber den Lehrplänen von 1994 entlastet.

*Bildungspläne müssen in der schulischen Praxis weiterhin von der Kompetenz her gedacht werden. Das ist der sog. „Paradigmenwechsel“, der 2004 angestoßen wurde. Dieser Wechsel braucht Zeit und Begleitung, Lehrkräfte können nicht von heute auf morgen eine solche Perspektivenwende vollziehen. Bisher schlug das Pendel in diesem Prozess in Richtung „Freiheit“ der Schulen, das wird jetzt dahingehend zurückgenommen, dass es klarere Vorgaben für unsere Lehrkräfte geben soll.*

*Wenn sofortige Maßnahmen zur Entlastung der Schüler aus Sicht der Eltern notwendig sind, sollen sie die Möglichkeiten der Mitwirkung über Elternbeirat, Schulkonferenz und ggf.*

*Förderverein in Anspruch nehmen und den konstruktiven und vertrauensvollen Dialog mit der Schulleitung suchen.*

Ist die „Entschlackung“ des G8 eine reine Absichtserklärung?

*Bisher gab es Appelle und Empfehlungen an die Schulen, viele haben sich auf den Weg gemacht, aber nicht alle. Daher folgen jetzt in einem weiteren Schritt Vorschriften und die Weiterentwicklung der Bildungspläne mit einem klaren Arbeitsauftrag. „Bulimie-Lernen“ darf nicht mehr vorkommen. Lehrern soll Mut gemacht werden, die Stofffülle und Methoden zur Stoffvermittlung zu verändern.*

Die Maßnahmen, die jetzt als verbindliche Vorgaben vorgestellt werden (2 Nachmittage etc.) sind laut Umfragen der Elterninitiativen bereits an den meisten Schulen umgesetzt. Deshalb scheint es nur ein Versuch zu sein, die Eltern zu beruhigen. Erschreckender ist jedoch die

---



Erkenntnis aus der Umfrage, dass 60 % der befragten Familien Nachhilfebedarf haben wegen G8. Wie soll dieser Bedarf gesenkt werden?

*Die Maßnahmen sollen nicht die Eltern beruhigen, sondern dafür sorgen, dass bestimmte Dinge umgesetzt werden. Wenn Empfehlungen nicht genügen, ist die Konsequenz daraus der Erlass allgemeingültiger Vorschriften.*

*Interessant sind Untersuchungen, die belegen, dass meistens Nachhilfe gegeben wird, um Noten zu verbessern, nicht um ein drohendes Wiederholen der Klasse zu vermeiden.*

*Derartige Nachhilfe wird bereits in den Grundschulen in Anspruch genommen und hat dort nichts mit der Verkürzung auf G8 zu tun. Nachhilfe ist Ausdruck der Leistungsorientierung in unserer Gesellschaft, die ihrerseits durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt ist.*

*Nachhilfebedarf haben daher nicht nur und nicht immer die Schulen zu verantworten, sondern auch die Eltern.*

*Steigende Übertrittsquoten (Grundschule auf Gymnasien) hätten eigentlich dazu führen müssen, dass die Abiturdurchschnitte sinken. Das war in Baden-Württemberg nicht der Fall, sie wurden vielmehr gehalten oder noch verbessert. Einer breiten Schülerschaft den Zugang zum Gymnasium zu ermöglichen, bedeutet auch, dass viele Schüler auf dem Gymnasium sind, die damit ihre Leistungsgrenzen erreichen. Ein Bundesland kann den Zugang zum Gymnasium verengen und, wie im Bundesland Sachsen, den Übergangsschnitt von der Grundschule auf das Gymnasium auf 2,0 anheben. Baden-Württemberg will jedoch weiterhin möglichst vielen den Zugang auf das Gymnasium ermöglichen.*

**Bemerkung von Seiten der Eltern:** Wenn private Nachhilfe (mit erheblichem finanziellen Aufwand) dazu beiträgt, dass der Abiturdurchschnitt in Baden-Württemberg gehalten bzw. verbessert wird, dann kann sich das Kultusministerium dieses Ergebnis nicht allein auf die eigenen Fahnen schreiben. Das exzellente Abschneiden der Abiturienten in Baden-Württemberg ist eben auch ein Verdienst engagierter, leistungsorientierter Eltern und Schüler.

Der Leistungsdruck kommt vor allem wegen des Strebens nach höheren Bildungsabschlüssen. Haupt- und Realschulabschluss werden im System vielfach nicht mehr akzeptiert.

Wieso werden die beruflichen Gymnasien ausgebaut, wieso gewährt man den allgemeinbildenden Gymnasien nicht die Wahlfreiheit für G8 oder G9?

Brauchen wir nochmals eine „Qualitätsoffensive“; wäre es nicht sinnvoller, die Ressourcen (erfahrene Lehrkräfte und Finanzmittel) vor Ort an den Schulen einzusetzen?

*G8 und G9 können wegen des Landeshaushalts nicht parallel laufen, weil das zu einer deutlichen Reduzierung der Lehrerausstattung führen würde, d.h. zurück zu großen Klassen (33-36). Die Deputate orientieren sich am derzeit gültigen Klassenteiler, die Kosten für eine Parallelität von G8 und G9 kann das Land Baden-Württemberg nicht tragen. Eine Qualitätsverbesserung wäre dann nicht mehr möglich, außerdem scheitert es auch an fehlenden Räumlichkeiten.*

**Beispiel:** NRW bietet den Schulen an, G8 und G9 parallel durchzuführen, und nimmt hierfür eine Erhöhung der Staatsverschuldung um 100 Mio. Euro in Kauf, tatsächlich wollen bisher nur 2 Schulen in NRW dieses Angebot annehmen.

Die Einrichtung von zusätzlichen 100 Eingangsklassen an beruflichen Gymnasien für das Jahr 2011/2012 soll kostenneutral erfolgen. Werden diese Klassen substituiert aus den anderen beruflichen Schularten (Berufskolleg u. ä.)?

*Die Kostenneutralität ist durch die Rendite des demografischen Wandels möglich (in den*

---



*kommenden 10 Jahren gibt es bis zu 30 % weniger Schüler, auch am Gymnasium). Es wird in Baden-Württemberg generell angestrebt, die demografische Rendite im schulischen Bereich im System zu belassen, um weitere Qualitätsverbesserungen, wie beispielsweise kleinere Klassen, zu ermöglichen. Dieses Bestreben der Landesregierung ist auch daran zu erkennen, dass Baden-Württemberg zum Schuljahr 2010/2011 trotz des jetzt schon spürbaren Rückgangs von Schülerzahlen (ca. 4 %) 2.500 weitere Lehrkräfte eingestellt hat.*

**Bemerkung seitens der Eltern:** Die sog. „Task Force“ zur Qualitätssicherung muss die Erreichung bzw. Umsetzung der Zielvereinbarungen kontrollieren. Zielvereinbarungen ohne Kontrolle werden nicht genügen.

Mit dem Prinzip, aus Empfehlungen Vorgaben zu machen, „gängelt“ man auch die Schulen wieder stärker, die G8 bisher sehr gut umgesetzt haben. Ihre „Entscheidungsfreiheit“ wird ebenfalls eingeschränkt bzw. erschwert.

Lehrkräfte, die unsicher sind, werden wie bisher auf die alten Lehrpläne zurückgreifen. Die Erfahrungen mit G8 haben gezeigt, dass Lehrkräfte, die nach einem neuen oder überarbeiteten Bildungsplan arbeiten sollen, dafür entsprechend geschult und unterstützt werden müssen, und zwar deutlich vor dem Einführungstermin. Die Schulungen für den kompetenzorientierten Unterricht, der im G8-Bildungsplan gefordert wird, finden erst derzeit statt.

*Auch diese Anregung (zeitnahe Fortbildung) wurde schon von anderen Seiten (Schulen und Lehrerverbände) an das Kultusministerium herangetragen. Ausgangsfrage wird immer sein: Was ist die effizienteste Art der Fortbildung? Die Tendenz hierbei geht in Richtung Team-Fortbildung, was bedeutet, dass Schulteams, zum Beispiel die Fachschaften eines Gymnasiums (Mathematik, Fremdsprachen etc.) gemeinsam fortgebildet werden. Geprüft wird auch, ob man Fortbildungen anordnen, also verpflichtend vorgeben kann. Es wird rechtzeitige Lehrerfortbildungen zu den überarbeiteten Bildungsplänen geben.*

**Bemerkungen seitens der Eltern:** Man sollte G8-Gesprächsrunden an den Schulen oder auf Kreisebene einrichten, die in bestimmten Rhythmen tagen, um Probleme zu besprechen. Bei G8 wurde an vielen Dingen gespart, nur nicht an den 265 Jahreswochenstunden Pflichtunterricht, d.h. die Probleme, die bereits im G9 bestanden durch die Stofffülle, wurden in G8 mitgenommen und können dort erst recht nicht abgedeckt werden. Hier wäre eine Diskussion der „Unternehmenskultur“ angebracht.

Für die Gespräche zwischen Kultusministerium und Eltern wäre ein unabhängiger Moderator nicht schlecht, der die Verteilung der Redeanteile im Blick hat.

*Es wird nicht funktionieren, per Verwaltungsvorschriften und Anordnungen eine andere Unternehmenskultur herzustellen. Die Schule ist ein Spiegel der Gesellschaft, sie kann sich von den Anforderungen nicht befreien. Pauschalisierungen aber führen dazu, dass keine Lehrerin und kein Lehrer mehr zuhört.*

*Bitte an die Eltern und Elternvertreter, den Dialog so zu gestalten, dass die Kommunikation in den Schulkonferenzen funktioniert.*

*Es hat sich nicht „Nichts“ getan in den letzten 6 Jahren, G8 wurde kontinuierlich nachgebessert, Missständen wird nachgegangen. Das G8 war von Anfang an eine Schulform, die Nachmittagsunterricht beinhaltet.*

*Die Anforderungen sind im gesamten schulischen Bereich gestiegen, auch in den Haupt-,*

---



*Werkreal- und Realschulen. Die Gesellschaft setzt die Jugendlichen zunehmend unter Leistungsdruck. Der Weg zurück ist nicht vorstellbar.*

*Die Anregung, in der nächsten Gesprächsrunde einen Moderator hinzuzuziehen, wird gerne mitgenommen.*

**Hinweis:** Frau Ministerin Prof. Schick verabschiedet sich gegen 18.30 Uhr wegen eines Anschlusstermins. Für weitere Fragen stehen nun Frau Stuhmann und die Herren vom Wissenschaftsministerium zur Verfügung.

## 2. Gemeinsame Kursstufe 2010/2011 und Abitur 2012

### **Fragen zur Kommunikationsprüfung in den Sprachen und Stochastik in Mathematik**

Für das Abitur 2013 werden jetzt in den Sprachen die sog. „Kommunikationsprüfung“ und im Fach Mathematik die Stochastik als zusätzliches Prüfungsthema angekündigt. Aus Sicht der Eltern ist dies im augenblicklichen Stadium nicht zielführend. Bei der Kommunikationsprüfung muss sich erst einmal die Vorbereitung/Ausbildung der Schüler ändern, bevor man so großes Gewicht auf die Kommunikation in der Prüfung legen kann.

Minister Rau hatte in seiner Amtszeit versichert, dass in allen Fächern ein Schwerpunktthemenwechsel im Jahr 2013 vermieden wird. Dem widerspricht aus Sicht der Eltern die Einführung der zusätzlichen Prüfungsthemen.

Für die Eltern ist es schwer verständlich, dass auch heute noch Lehrkräfte bei ihrer Notengebung in den Sprachen mündlich/schriftlich  $\frac{1}{4}$  zu  $\frac{3}{4}$  gewichten. Die Einführung der Kommunikationsprüfung zum Jahr 2013 trifft diesen G8-Jahrgang ganz besonders, weil in dem Jahrgang nach der Doppelten Kursstufe überdurchschnittlich viel Unterricht ausfällt – diese Unterrichtsstunden fehlen. Darüber hinaus werden immer noch zahlreiche Schüler nach G9-Büchern unterrichtet.

Warum wird die Kommunikationsprüfung 2013 eingeführt und nicht später, wenn der hohe Druck, der mit der doppelten Kursstufe auf allen Schulen lastet, etwas nachlässt?

*Die Kommunikationsprüfung ist keine Neuheit. Sie ist die logische Konsequenz aus dem Bildungsplan 2004, in dem Sprechen und Hören in den Fremdsprachen zentrale Felder des Unterrichts sind. Den Schulen ist bereits seit 2007 bekannt, dass ab 2013 die Kommunikationsprüfung Bestandteil des Abiturs sein wird. Kommunikation ist der wesentliche Bestandteil des Sprachunterrichts und mit der Kommunikationsprüfung erhält dies auch die entsprechende Bedeutung. Die Lehrkräfte bekamen nach den Herbstferien 2010 eine detaillierte Handreichung (Beispielaufgaben etc.), wie diese Prüfung durchgeführt werden soll. Zusätzlich gibt es Fortbildungen. Die Schwerpunktthemen für die schriftliche Abiturprüfung in den modernen Fremdsprachen 2013 ändern sich aber trotz des anderen Abiturformats nicht. Gleiches gilt für das Prüfungsthema Stochastik. Stochastik ist im Bildungsplan 2004 Teil der Bildungsstandards 12 (gilt für die Kursstufe).*

Aus Sicht der Eltern ist **G8 immer noch ein Sparprogramm**: ein Jahr weniger Kosten an Lehrern, Räumen etc. Das Land spart 1/9 und hat dennoch kein Geld für mehr Investitionen. *Die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium ist die pädagogische Antwort auf die veränderten Bedingungen im 21. Jahrhundert: Schule und Erwachsensein geht nicht zusammen. Wir zwingen unsere erwachsenen Schüler in ein Korsett „Schule“. Die Verkürzung der Schulzeit kommt der Entwicklung der Kinder zu Erwachsenen entgegen und ist kein Sparprogramm. Junge Erwachsene sollen selbstbestimmt über ihren Bildungsweg entscheiden.*

---



Für die **zusätzlichen Studienfahrten** der doppelten Kursstufe wurden die Zuschüsse für die Lehrkräfte nicht erhöht, soll das noch geschehen?

*Die Zuschüsse für Begleitpersonen (Lehrer und Lehrerinnen) werden durch einen neuen Finanzierungskontext gesichert, in dem die Schulen zusätzliches Geld bekommen. Die Schulen werden von den Regierungspräsidien informiert.*

### 3. Anschlussperspektiven

Von Seiten der Eltern wird gewünscht, dass das Wissenschaftsministerium mehr Transparenz bei den Hochschulen einfordert, was die Voraussetzungen für die Hochschulzulassung betrifft. Das würde wahrscheinlich auch zu einer Entlastung der Hochschulen durch weniger Bewerber führen.

Auch bei den verschiedenen Zulassungsverfahren (Orientierungstest, fachgebundene Tests u. ä.) fehlt die Transparenz. Was wird in diesen Tests gefragt? Wenn sie einen Sinn haben sollen, müssen sie sich vom Abitur unterscheiden. Bereiten die Schulen auf diese Tests vor? *Zurzeit wird an einer stärkeren Verzahnung zwischen Gymnasien und Hochschulen gearbeitet. Der neue Bildungsplan wird dies beinhalten.*

*Die Studierfähigkeitstests sind nur ein Kriterium des Auswahlverfahrens. Genauso die fachspezifischen Tests. Derzeit gibt es keinen Überblick darüber, an welchen Hochschulen derartige Tests angewendet werden, d.h. welche Hochschulen einen entsprechenden Antrag auf Tests stellen werden. Die Tests sind keine Neuheiten, auch bisher gab es diese.*

Die ausführliche Beantwortung dieser Frage wird dem zuständigen Fachbereich übergeben, siehe dann separater Fragen-Antwort-Katalog.

*Auf der Seite [www.studieninfo-bw.de](http://www.studieninfo-bw.de) haben die Hochschulen bereits heute die Möglichkeit, detaillierte Informationen zu den Zulassungsverfahren und einen Link zur Zulassungsordnung und ggf. Zulassungsgrenzen einzupflegen. Das Anliegen der Eltern und Studieninteressierten wird von einigen Hochschulen bereits vorbildlich umgesetzt. Das Wissenschaftsministerium greift die Anregung der Eltern auf und wird die Hochschulen im Rahmen der Datenabfrage im Frühjahr 2011 darum bitten, den Punkt Zulassung besonders sorgfältig zu behandeln.*

**Konkretes Beispiel aus der Praxis:** Eine Duale Hochschule stellt 90 Plätze zur Verfügung, besetzt jedoch 150 Plätze. Durch den Ausbau stehen 120 statt 90 Plätze zur Verfügung, besetzt werden aber wieder maximal 150 Plätze, also so viele wie bisher, das ist kein echter Ausbau.

*Derartige Aussagen und die damit verbundenen Probleme sind beim Ministerium bereits angekommen. Das darf so nicht sein, einem Ausbau muss ein tatsächlicher Anstieg an Studienanfängerplätzen folgen. Gerade an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg ist der Aufwuchs an Studienanfängern noch geringer als der Aufwuchs an Studienanfängerplätzen.*

*Zu diesem Thema werden jetzt verstärkt Gespräche mit den Standorten der Dualen Hochschule, vor allem aber auch mit der Wirtschaft, z. B. IHK, geführt. Es muss klargestellt werden, dass mit den Studienanfängerplätzen an der Dualen Hochschule auch die entsprechenden Ausbildungskapazitäten in den Betrieben zur Verfügung gestellt werden müssen.*

*Generell gilt für den Ausbau der Studienanfängerplätze an der Dualen Hochschule: Wenn das Land ausbaut, muss es auch in der Wirtschaft entsprechende Ausbildungsplätze geben. Der Bedarf wurde und wird im Vorfeld abgestimmt.*

---



**Hinweis:** Eltern, die mit derartigen Aussagen konfrontiert werden, können sich melden bei: Michael.Siefert@km.kv.bwl.de

**Anregung seitens der Eltern:** Die Landesregierung bzw. das Wissenschaftsministerium muss vor allem die Arbeitgeber dazu aufrufen, sowohl Studien- als auch Ausbildungsplätze anzubieten.

Wenn die Schule verkürzt wird, um den jungen Erwachsenen gerecht zu werden und ihnen die „Freiheit zum Lernen“ zu ermöglichen, warum werden dann die Hochschulen mit Bachelor zunehmend verschult?

*Bezüglich der Verschulung durch den Bachelor laufen Nachbesserungen.*

1. *Qualitätsprogramm: Jede staatliche Hochschule in Baden-Württemberg erhält über eine Laufzeit von 3 Jahren Fördermittel in Höhe von insgesamt 9 Mio. Euro zur Qualitätssicherung in der Hochschullehre.*

2. *Mit der Förderlinie „Studienmodelle individueller Geschwindigkeit“ reagiert das MWK auf die zunehmende Heterogenität der Studierenden, vor allem in der frühen Phase des Studiums. An 12 Landeshochschulen werden Pilotprojekte in einem Gesamtvolumen von 5 Mio. Euro für 3 Jahre gefördert, die flexible Studienverläufe ermöglichen sollen, um verstärkt die unterschiedlichen Bedürfnisse der Studierenden in den Studienalltag zu integrieren*

3. *Kooperationsmodelle in der Lehrerbildung, Förderung von Kooperationen zwischen Universitäten mit insgesamt 6 Mio. Euro*

4. *Akkreditierung: Der Wissenschaftsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt; mit Empfehlungen kann im Herbst 2011 gerechnet werden.*

5. *6 Bologna-Workshops auf der Basis des Bologna-Kongresses zu den Themen „Übergang Bachelor/Master“, „Mobilität, Anerkennung, Internationalität“, „Breite, Inhalt und Struktur von Studiengängen“, „Modularisierung und Prüfungsorganisation“, „Mitbestimmung der Studierenden“, „Übergang Schule – Hochschule“*

Sind die 20.000 Studienplätze im Jahr 2012 nicht längst besetzt?

*Die Prognose der Kultusministerkonferenz von 2009 wird derzeit aktualisiert. Die aktuellsten Zahlen finden sich im Bildungsbericht. Die 20.000 zusätzlichen Studienanfängerplätze liegen noch im sicheren Bereich, da Baden-Württemberg die Wanderungen zwischen den Bundesländern nicht so sehr wertet. Ein einmal eingerichteter Studienanfängerplatz steht jedes Studienjahr wieder aufs Neue zur Verfügung. Damit erhöht sich die Kapazität der Hochschule insgesamt, so dass im Laufe der Jahre 3 bis 4 zusätzliche Studierende – in unterschiedlichen Semestern und je nach Studiendauer – gleichzeitig immatrikuliert sein können.*

Ein großes Problem aus Sicht der Eltern ist, dass in bestimmten Studiengängen eine hohe Zahl an Bewerbern auf eine geringe Anzahl Studienplätze trifft (1.500 Bewerber auf 120 Plätze u. ä.). Warum werden solche Studiengänge nicht oder nur geringfügig ausgebaut? *Studiengänge, die sehr viel mehr Bewerber haben als Plätze, wird es auch zukünftig geben. Stark nachgefragte Studiengänge werden ebenfalls ausgebaut, aber nicht im vollen Umfang der Nachfrage. Darüber hinaus ergeben sich Bewerberüberhänge auch aus der Möglichkeit der Mehrfachbewerbung.*

*Es fällt in die Entscheidungskompetenz der Universität, welchen Studiengang sie ausbaut. Wenn die Universität nicht prioritär ausbauen will, dann kann das Wissenschaftsministerium dies nicht anordnen. Die Universitäten haben ihre Vorschläge zum Ausbau vorgelegt; was*



*nicht beantragt wird, kann nicht genehmigt werden. Die Universitäten entscheiden den Ausbau im Dialog mit der Wirtschaft.*

**Hinweis zur Aussetzung der Wehrpflicht:** *Die gemeinsame Wissenschaftskonferenz hat ermittelt, dass derzeit bundesweit 170.000 junge Menschen, davon 69.000 mit Studienberechtigung, Bundeswehr- bzw. Zivildienst ableisten. Zusätzlich werden bundesweit folglich ca. 70.000 junge Männer erwartet, die sich um einen Studienplatz bewerben können. Davon werden nicht alle ein Studium beginnen und viele nicht im ersten Jahr. 2012 werden zwischen 34.600 und 59.000 zusätzliche Studienplatzbewerber erwartet. Auf Baden-Württemberg herunter gerechnet bedeutet dies 3.000 zusätzliche Studienanfänger zu den bisher prognostizierten Zahlen im Jahr 2011.*

*Der Bund plant einen freiwilligen Wehrdienst und 35.000 zusätzliche Plätze in sozialen Bereichen, was die Bandbreite von 34.600 bis 59.000 erklärt*

*Zum Wintersemester 2010/2011 hat der Ministerrat nochmals 6.900 Studienanfängerplätze freigegeben, so dass nun von 20.000 insgesamt 18.400 Studienanfängerplätze fest geplant sind. Über ein Raumprogramm fließen 115 Mio. Euro in den Jahren 2012-2016 in den räumlichen Ausbau der Universitäten, überwiegend in Anmietungen. Kleinere Baumaßnahmen werden derzeit an den Universitäten geplant. Auch für sog. Infrastrukturen, z. B. für Verwaltung, Studienorganisation, Hörsaalmanagement etc. (nicht Lehrkräfte) an allen Hochschulen, wird finanzielle Unterstützung gewährt. Insgesamt wird die Situation 2012 nicht besser sein als die Situation 2006, lediglich die Chancengleichheit ist gewährleistet.*

**Anregung seitens der Eltern:** Ein weiteres Gespräch im März oder April 2011.

**Ankündigung:** Hearing „Endspurt **Abschlussjahrgang 2012 – Herausforderung und Chance**“, 28. Januar 2011, 17.00 bis 20.00 Uhr, Universität Stuttgart Vaihingen, V 09.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit wird der Vorschlag gemacht, noch offene Fragen oder Fragen, die nicht abschließend beantwortet wurden, an folgende E-Mail-Adresse zu schicken: Michael.Siefert@km.kv.bwl.de

Diese Fragen werden nicht in das Protokoll aufgenommen, sondern in einem separaten Fragen-Antworten-Katalog zusammengestellt (Sammeln der Fragen bei K. Georgi-Hellriegel) und dann allen Teilnehmern dieses Gesprächs zur Verfügung gestellt.

Stuttgart, 4.2.2011

gez. Christel Finner,  
Netzwerk Baden-Württemberg  
Abschlussjahrgang 2012

gez. Katharina Georgi-Hellriegel  
G8-Eltern-Initiative im GEB Stuttgart

---